

Sorge um Projekte der Sozialen Stadt

PROTEST Ortsvorsteher warnen parteiübergreifend vor geplanter Mittelkürzung durch Bundesregierung

LERCHENBERG/MOMBACH/NEUSTADT (red). Gemeinsam und parteiübergreifend warnen die Ortsvorsteher der Stadtteile Lerchenberg, Mombach und Neustadt, Angelika Stahl (CDU), Dr. Eleonore Lossen-Geißler (SPD) und Nico Klomann (Grüne) vor einer Halbierung der Mittel für die Städtebauförderung, wie sie von der schwarz-gelben Bundesregierung geplant ist: Durch die drohende Kürzung sehen sie die wertvollen Projekte des Bund/Länder-Förderprogramms „Soziale Stadt“ in den drei Stadtteilen bedroht.

„Wir haben die Sorge, dass in den Fenstern Lerchenberg, Mombach und Neustadt begonnene Projekte, etwa das Bürgerhaus, die Hauptstraße und die Lessingstraße, nicht zu Ende geführt werden können und geplante nicht begonnen werden können“, äußerten sich Stahl, Dr. Lossen-Geißler und Klomann. Das Projekt „Soziale Stadt“ sei für die drei Stadtteile sowie die gesamte Stadt Mainz wichtig. Denn es ermögliche Investitionen, die von der Kommune alleine nicht finanziert werden könnten.

Der Vorteil liege insbesondere in den städtebaulichen und flankierenden sozialen Begleitmaßnahmen, die den Zusammenhalt in der Bevölkerung stärkten und die Struktur der Gebiete nachhaltig verbesserten, sind die Drei überzeugt.

„Wir sind froh, dass die Bauminister der Länder ein klares Zeichen gegen die Kürzungen der Bundesregierung gesetzt haben und bereit sind, die Landesmittel für die Städtebauförderung in Höhe der notwendigen Ko-Finanzierungsmittel aufrecht zu erhalten“, begrüßen die Ortsvorsteher den Beschluss der Sonderkonferenz der Bauminister vom 3. September. Und sie betonen: „Die Kürzung der Städtebaufördermittel durch die Bundesregierung ist blanker Hohn den aktiven Bürgerinnen und Bürgern gegenüber. Mit großem Engagement und Freude bringen sie die Ideen der Sozialen Stadt voran. In allen drei Stadtteilen stehen gute Ideen zur Verwirklichung an – diese verdienen es, auch umgesetzt zu werden. Wir fordern, dass die Bundesregierung die Kürzung zurücknimmt.“